Thema: attac,

URL: http://www.ceiberweiber.at/index.php?type=review&area=1&p=articles&id=2411&koobi...

ESM ohne Durchführungsbestimmungen

(29.6.2012) Die Regierungsparteien überschlagen sich - nicht nur in Österreich - mit demonstrativer Begeisterung für den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). "Europaweit sensationelle Lösung" nennt beispielsweise SPÖ-Verfassungssprecher Peter Wittmann die Mitsprachemöglichkeiten des Parlaments.

Denn "die österreichischen Vertreter im Gouverneursrat sind an die Beschlüsse des Parlaments gebunden. Nachdem dort einstimmig entschieden wird, kann es im Gouverneursrat keinen Beschluss über wesentliche Änderungen ohne unsere Zustimmung geben. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht und eine herzeigbare Mitbestimmung des Nationalrats gesetzlich verankert."

Und man tut all dies natürlich nur für die Bevölkerung, ganz selbstlos: "Die Menschen in Österreich sind darauf angewiesen, dass wir eine stabile und sichere Eurozone haben. Unser Wohlstand hängt davon ab. Der ESM ist daher im ureigensten Interesse Österreichs", sagt die EU-Sprecherin der SPÖ, Christine Muttonen, in der öffentlichen Sitzung des Verfassungsausschusses am 28. Juni 2012.

Da ein Zusammenbruch des Euro verheerend wäre und eine neuerliche und noch größere Krise bedeuten würde, "muss vollkommen klar sein, dass wir in einer solchen Situation keine riskanten Experimente starten. Wenn es um die Zukunft der Menschen in Österreich geht, müssen wir alles unternehmen, um die EU und den Euro zu sichern. Mit dem ESM tun wir das."

Ähnlich ÖVP-Finanzministerin Maria Fekter: "Wer gegen den ESM auftritt, der verhindert auch die Mitsprache des österreichischen Parlaments. Als 2009 Griechenland nach der Bankenkrise in Turbulenzen geraten ist, hatten wir auf europäischer Ebene keine geeigneten Instrumente, um den Griechen gesamthaft zu helfen. Wir mussten daher für Griechenland bilaterale Kredite gewähren, weil es keine Infrastruktur gab."

Die Opposition aus FPÖ und BZÖ fordert hingegen eine Volksabstimmung über den ESM. Dazu hielt die FPÖ auch eine Kundgebung ab, das BZÖ befasst sich bei Veranstaltungen ebenfalls mit dieser Frage. Der orange Klubobmann Josef Bucher forderte auch im Parlament eine Volksabstimmung und appelliert an FPÖ und **Grüne**, diese selbst mit einem Drittel der Abgeordneten einzuleiten. Kein einziger Experte habe glaubwürdig versichern können, dass der ESM die Probleme lösen könne, betont das BZÖ und verlangt ein Exitszenario mittels einer Parallelwährung der starken Volkswirtschaften als "Rettungsgasse".

Die Grünen sind an diesem Thema nicht sonderlich interessiert, denn während es von allen anderen vier Parteien eine Menge auch an Presseaussendungen zum Thema gibt, ist die letzte Erwähnung in grünen OTS am 21. Juni erfolgt. Und auch da nur, dass die Partei eine Vereinbarung mit der Regierung in Sachen ESM getroffen habe. Zu dieser gehört, dass beim Gipfel der EU-Regierungschefs, der jetzt stattfindet, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer weiter vorangetrieben wird.

Nun weist die FPÖ darauf hin, dass die Durchführungsbestimmungen zum ESM fehlen, die gerade in Deutschland heftig diskutiert werden. Der Abgeordnete und Rechtsanwalt Peter Fichtenbauer verweist darauf, dass es sich um 15 fachlich komplizierte Dokumente in englischer Sprache im Umfang von 92 Seiten handelt, die den österreichischen Abgeordneten bislang vorenthalten wurden.

Sie sind in Deutschland deswegen so umstritten, weil sie, obwohl sie eine Art Gebrauchsanweisung des ESM darstellen, viel zu spät vorgelegt wurden. Fichtenbauer fordert die unverzügliche Vorlage der Dokumente mit diesen Worten: "Es ist wieder einmal bezeichnend für die rot-schwarze Bundesregierung, dass sie hier mit der Nichtinformation der Abgeordneten einen Verfassungs-Putsch durchziehen wollen."

Wer sich bei der EU-Abstimmung 1994 engagiert hat, erinnert sich

Die Männer-Riesenpleite...
Grundsätzliches zum Grundeinkommen...
8 Thesen zum Grundeinkommen...
Das Frauenbeschäftigungspaket von Frauenministerin Bures...
ÖBB- und Asfinag-Aufsichtsrat = Männersache...
Die Arbeitsmarktsituation in Österreich...
Blick der Wirtschaftskammer auf die Konjunktur...
Die Einstellung der Bevölkerung zur Privatisierung...
Armut und Diskriminierung sind weiblich...
Einkommensunterschiede: StadträÌtin Frauenberger vs. WK-Chef Leitl...
(20.7.) Zivilgesellschaft gegen Spekulation mit Steuergeld...
Clean Clothes zu den Arbeitsbedingungen bei IKEA...
Frauenministerin für Sanktion bei ungleichen Einkommen...
"Best of Business": Reine MÃ¤nnerwirtschaft...
(20.7.) Beatrix Karl ist Ã–AAB-GeneralsekretÃ¤rin...
Der Würgegriff von Ratingagenturen und IWF...
3.8. "PraktikantIn gesucht!" Studie Ã¼ber Angebote in Ã–sterreich...
Minisicherung oder: Das Leben der anderen...
Arbeiterkammer: Banken-Abzocke in der Krise...
Bezahlen Frauen die MÃ¤nnerkrise?...
Diskriminierte Managerinnen...
Frauenarbeit in der Krise - GesprÃ¤ch mit Dwora Stein (GPA)...
Wirtschaftskammer: Männer in Pflegeberufe...
Darf nur die Post zur Polizei?...
Soll der Arbeitsmarkt für AsylwerberInnen geöffnet werden?...
Appell des Deutschen Gewerkschaftsbundes...
Wirtschaft für die Menschen statt für den Profit...
Frauen und Geld: Martina EschelmÃ¼ller-Futschik "TopFit for Money"...
Kleinunternehmerinnen, Kindergeld und Krise...
"Klassenkampf" um die Mindestsicherung...
Diskussion "Wie gerecht ist unser Sozialsystem?"...
Die grenzenlose Gier der Manager nach Bonuszahlungen...
Kein guter Gender Gap Report fÃ¼r Ã–sterreich...
Josef Pröll sucht den Superpraktikanten...
Für das Grundeinkommen: Die "Krönungswelle" erreicht die Wiener Uni...
Volkskrankheit soziale Unterschiede...

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag

Internetclipping erstellt am 10.07.2012 für Attac Österreich zum eigenen Gebrauch nach §42a UrhG.

© CLIP Mediaservice 2012 - www.clip.at

Thema: attac,

URL: http://www.ceiberweiber.at/index.php?type=review&area=1&p=articles&id=2411&koobi...

unweigerlich daran, dass der Vertrag über die Europäische Union dem Volk nicht vorgelegt wurde. Die einzige Veröffentlichung war eine, welche die Grünen (gegen massive Widerstände in den eigenen Reihen) als kommentierte Ausgabe publizierten. Ich gehörte (als Referentin) zu jenen, die dies vorantrieben und verfasste Erläuterungen, nahm auch an Diskussionen teil und erwarb sehr viel Wissen in Eigenregie - man behandelte mich dafür seitens der Partei nicht sonderlich gut und auch nicht fair unter Aspekten des Arbeitsrechts.

Damals sprach das Beispiel Dänemark für eine Veröffentlichung des Vertrags im Rahmen der millionenteuren Regierungskampagne - jedoch aus Sicht derer, die unbedingt ein Ja erreichen wollten, wieder nicht. Denn durch die breite Debatte in jenem Land, die auch in Volkshochschulen stattfand, immer in Kenntnis des Vertrags, stimmte die Bevölkerung zunächst mit Nein. Dann gab man seitens der EU vor, den Vertrag zu verändern, was jedoch bloss marginales Opting Out in Einzelbereichen bedeutete. Beim zweiten Mal wurde derselbe Vertrag (1994 vor unserer Abstimmung) von der Bevölkerung angenommen.

Österreichische Abgeordnete wurden von ihren Klubs gebrieft, allerdings waren in den Infos nur Ausschnitte aus dem EU-Vertrag enthalten. Das Aha-Erlebnis bei Diskussionen etwa mit mir war dann gross, als ich auf alle Bestimmungen zur Wirtschafts- und Währungsunion oder zur Außen- und Sicherheitspolitik Bezug nehmen konnte. Dass eine gemeinsame Währung kommen soll, bestritt so manch ein Parlamentarier, oder wunderte sich, dass die GASP etwas mit der NATO zu tun haben soll.

"Das Blaue vom Himmel versprechen" schien die Devise derer gewesen zu sein, die alles Mögliche in die EU hineininterpretierten. Sie selbst betrachtete sich, deutlich etwa in Papieren ihres Parlaments, gar nicht mal so unkritisch und fand auch nüchterne Worte zum Beitrittskandidaten Österreich. Einer, der die heimischen EU-SkeptikerInnen unterstützte, war der norwegische Friedensforscher Johan Galtung.

Ich erinnere mich an eine vergnügliche Zugfahrt mit ihm zu einer Versammlung, wo wir Strategien austauschten. Und erkannten, dass wir beide instinktiv dieselbe Methode anwendeten: Galtung sagte etwa bei Talkshows mit freundlicher Stimme, dass man ja dieses und jenes gut finden kann, aber was bedeutet es konkret unter Berücksichtigung dieser und jener Bestimmung im EU-Vertrag. ("Es stellt sich heraus, die haben den Vertrag gar nicht gelesen", meinte Galtung grinsend.)

Ich fragte, auch aus dem Publikum, EU-Fans, was ihre Aussagen in Bezug auf Artikel sowieso Absatz sowieso bedeuten. Dabei stellte sich dann in der Regel heraus, dass sie den Vertrag gar nicht kennen, den sie so sehr bejubeln. Da dies vor den Zeiten des Internet war, stehen uns heute viel bessere Möglichkeiten zur Verfügung, als BürgerIn informiert zu sein, sich die Meinung selbst zu bilden. Auch Recherche ist natürlich viel einfacher geworden. Umso mehr sollten wir von Abgeordneten verlangen, dass sie wissen, worüber sie abstimmen, und Vorenthaltenes einfordern.

PS: Der EU-Fiskalpakt soll ebenfalls Anfang Juli im Parlament beschlossen werden, siehe **Mailaktion** von Attac.

Attac (nochmals) an Fischer zu EU-Fiskalpakt
Verfassungsklage gegen ESM angestrebt
ESM und EU-Fiskalpakt: Petition an Fischer (einfach online unterstützen)
Gerhard Köfer, eine rote Stimme gegen den ESM
Kommt Fiskalpakt-Verfassungsklage der Opposition? (Grüne und BZÖ dafür, FPÖ zögert)
Solidarität mit Sonja Ablinger: Weil sie als einzige in der roten Parlamentsfraktion gegen den Fiskalpakt stimmte, wird Sonja Ablinger unter Druck gesetzt. Der Aufruf, den jede/r auch mit Kommentar unterstützen kann, trägt den Titel "Die 57. Stimme".
Sozialistische Jugend gegen Fiskalpakt
Interview zum ESM im Standard: Die Risiken aus der Eurorettung grenzen an Konkursverschleppung, meint die Ökonomin Eva Pichler. Sie sieht im Hilfsfonds ESM einen Versuch der EU, Macht an sich zu reißen.
Jahoda-Bauer Institut gegen EU-Fiskalpakt: Das Marie Jahoha - Otto Bauer Institut in Linz wendet sich in einem offenen Brief an die sozialdemokratischen Abgeordneten.
Attac warnt vor ESM und Fiskalpakt: Attac appelliert per Presseaussendung an die Abgeordneten und an die Öffentlichkeit: Regierung riskiert Verfassungskrise – ESM und Fiskalpakt übertragen „Modell Griechenland" auf ganz Europa
Fiskalpakt: Appell an den Bundespräsidenten: Attac und die

- ÖVP-Transferkonto soll "Schwache" stigmatisieren...
- Geringe Nachfrage nach einkommensabhÂ¤ngigem Kindergeld...
- Warum Frauen manches (angeblich) besser kÃ¶nnen...
- Wollen Frauen wenig verdienen?...
- Neue Initiative zu Frauen in FÃ¼hrungspositionen...
- Kampf für eine Finanztransaktionssteuer...
- Unternehmerinnen in Wien...
- Die Einkommenstransparenz kommt...
- Was bringt die Einkommenstransparenz?...
- Kundgebung für eine Sozialmilliarde...
- Frauen sind mit geringerem Einkommen zufrieden...
- Werben für mehr Väter in Karenz...
- Unternehmen und Krisenmanagement...
- Eine Keule für Christine Marek!...
- Besser Lohndumping als 1300 Euro Mindestlohn?...
- Von Väterkarenz und Rabenmüttern...
- Wikileaks: Frankreich und die Wirtschaftsspionage...
- Wikileaks: Lobbying für Boeing gegen Airbus...
- Software zeigt Einkommens-Diskriminierung...
- Einkommenstransparenz mit Strafen für ArbeitnehmerInnen...
- Die Angst des BZÖ vor Gleichbehandlung...
- Seniorenbund fordert gleiches Pensionsalter für Frauen...
- Ja wo sind denn die Aufsichtsrätinnen?...
- Frauenquoten auch im ländlichen Raum gefordert...
- Aufsichtsräte: mehr Qualität, aber keine Frauenquoten...
- Kampf gegen Frauenquoten...
- Oft unterbezahlt: deutsche Tierärztinnen...
- Weniger weibliche Führungskräfte...
- Fairer Kaffeespot mit George Clooney...
- Unterwegs im Korruptionssumpf...
- Kampagne "Spielsachen fair machen!"...
- Standard & Poor's versus EU-Staaten...
- Attac zum EU-Gipfel...
- Disput über den EU-Fiskalpakt...
- Pressestunde mit dem Bundeskanzler...
- Nur keine Panik: Erste Bank zum Rating für Österreich...
- Attac zum Rating für Österreich...
- Frauen wirtschaften erfolgreicher...
- Zum Internationalen Frauentag: Frauen und Geld...
- Finanzmarktpolitik und Gender...
- Offener Brief von Attac zum Fiskalpakt...
- Was Social Banking bewirken kann...
- Franz-Josef Huainigg und der andere 1. Mai...
- Arbeitsmarkt auch für AsylwerberInnen...
- SPÖ sabotiert eigene Forderungen...

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag

© CLIP Mediaservice 2012 - www.clip.at

Thema: attac,

URL: http://www.ceiberweiber.at/index.php?type=review&area=1&p=articles&id=2411&koobi...

ErstunterzeichnerInnen von "Unser Europa" wenden sich in einem offenen Brief an Bundespräsident Heinz Fischer. Sie fordern ihn auf, den EU-Fiskalpakt nicht zu unterschreiben.
ESM: Grüne brüskieren ihre Basis (ignorieren Bundeskongressbeschluss zum ESM)
Der große Euro-Schwindel - Die Doku "Der große Euro-Schwindel" berichtet davon, wie die Währungsunion von Anfang an auf Sand gebaut wurde, weil man selbstgegebene Regeln nicht ernst nahm.
Fiskalpakt: roter Aufstand abgesagt: Bei der Abstimmung über den EU-Fiskalpakt, wird sich der "Aufstand der SPÖ" darauf beschränken, dass Sonja Ablinger (OÖ) ein Nein artikuliert.

****

Alexandra Bader
alexandra@ceiberweiber.at

Zur Zukunft von Ceiberweiber

Gefällt mir Registrieren, um sehen zu können, was deinen Freunden gefällt.

- Rote Karte für adidas...
- Mailaktion zum EU-Fiskalpakt...
- Steuergerechtigkeits-Volksbegehren im Wahlkampf...
- Attac warnt vor ESM und Fiskalpakt...
- Der große Euro-Schwindel...
- Jahoda-Bauer Institut gegen EU-Fiskalpakt...
- ESM: Grüne brüskieren ihre Basis...
- Fiskalpakt: Appell an den Bundespräsidenten...
- Sozialistische Jugend gegen Fiskalpakt...
- Kommt Fiskalpakt-Verfassungsklage der Opposition?...
- ESM und EU-Fiskalpakt: Petition an Fischer...
- Verfassungsklage gegen ESM angestrebt...
- Attac an Fischer zu EU-Fiskalpakt...

Tweet

Mein Feedback-Beitrag zu diesem Artikel

WEITERLEITEN DRUCKEN

Home | Impressum | Kontakt | Forum | Downloads | Links |Archiv 1998-2006 |

Neuwagen und Gebrauchtwagenbörse

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag

© CLIP Mediaservice 2012 - www.clip.at